

Liechtensteinisches Landesgesetzblatt

Jahrgang 2014

Nr. 60

ausgegeben am 13. März 2014

Verordnung vom 11. März 2014 über die Abänderung der Personenfreizügigkeitsverordnung

Aufgrund von Art. 70 des Gesetzes vom 20. November 2009 über die Freizügigkeit für EWR- und Schweizer Staatsangehörige (Personenfreizügigkeitsgesetz; PFZG), LGBI. 2009 Nr. 348, verordnet die Regierung:

I.

Abänderung bisherigen Rechts

Die Verordnung vom 15. Dezember 2009 über die Freizügigkeit für EWR- und Schweizer Staatsangehörige (Personenfreizügigkeitsverordnung; PFZV), LGBI. 2009 Nr. 350, in der geltenden Fassung, wird wie folgt abgeändert:

Art. 9

Aufgehoben

Art. 14a

Überprüfung der tatsächlichen Anwesenheit
(Art. 24 Abs. 2a PFZG)

Das Ausländer- und Passamt kann Inhaber von Aufenthaltsausweisen alle fünf Jahre auffordern, ihre Personalien zu überprüfen und bei allfälligen Änderungen den Aufenthaltsausweis vorzulegen. Die Frist beginnt mit dem Datum der Erstaussstellung des Aufenthaltsausweises.

Art. 21 Abs. 1 Bst. d und f

1) Gleichzeitig mit dem Gesuch um Erteilung einer Bewilligung sind folgende Dokumente und Nachweise im Original vorzulegen:

- d) Aufgehoben
- f) in den Fällen nach Art. 17 und 22 PFZG Nachweis der notwendigen finanziellen Mittel für den Lebensunterhalt, insbesondere Bestätigungen über Pensions-, Renten- oder sonstige Versicherungsleistungen, Nachweise über das Investitionskapital oder Garantie einer Bank mit Sitz in einem EWR-Mitgliedstaat; und

II.

Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am 1. April 2014 in Kraft.

Fürstliche Regierung:

gez. *Adrian Hasler*

Fürstlicher Regierungschef